

<b>ANFRAGE</b>	Gremium:	<b>21. Plenarsitzung Gemeinderat</b>
FDP-Gemeinderatsfraktion	Termin:	<b>16.02.2016</b>
vom 08.12.2015	Vorlage Nr.:	<b>2015/0765</b>
	TOP:	<b>10 öffentlich</b>
<b>Prüfung einer Projektpartnerschaft mit dem baden-württembergischen Partnerland Burundi</b>		

- 1) Kann die Stadt Karlsruhe dem Beispiel des BMZ und des Landes Baden-Württembergs folgen und eine (Projekt-)Partnerschaft in Burundi auf zivilgesellschaftlicher Ebene eruieren und ggf. fördern, um einen Beitrag zu leisten, effektiv und konkret Fluchtursachen entgegenzuwirken?
- 2) Welche Maßnahmen kann die Stadt Karlsruhe ergreifen, um öffentlichkeitswirksam den Fokus auf den Zusammenhang zwischen der Situation in (momentan) instabilen Staaten wie Burundi und „Flucht nach Deutschland“ zu lenken und ggf. Initiativen und Netzwerke zu diesem Thema in Karlsruhe zu unterstützen?

#### **Sachverhalt / Begründung:**

Das baden-württembergische Partnerland Burundi befindet sich derzeit in einer politischen Krise, seitdem sich der amtierende Präsident für eine dritte Amtszeit hat aufstellen und wählen lassen, obwohl die burundische Verfassung nur zwei Mandate zulässt. Seit April diesen Jahres sind mehr als 200.000 Burundier – die Hälfte davon Kinder – in die umliegenden Nachbarstaaten geflohen. Mehr als 6.000 Oppositionelle wurden laut Angaben des burundischen Ministers für Innere Sicherheit verhaftet. Laut Angaben der Vereinten Nationen gibt es bereits 250 Todesopfer und hunderte Fälle von Folter durch die Ordnungskräfte und den Geheimdienst. Täglich gibt es vor allem in der Hauptstadt Bujumbura bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Oppositionellen und den regierungstreuen Polizeikräften. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind mehr und mehr Repressalien ausgesetzt oder werden vollständig blockiert. Bis auf eine Ausnahme gibt es keine unabhängigen Medien mehr in Burundi. Der Bedarf zur Versorgung der burundischen Flüchtlingslager in Ruanda, Tansania und in der Demokratischen Republik Kongo ist laut Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks nur zu 30 Prozent gedeckt.



Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat seine staatliche Kooperation mit Burundi aufgrund der aktuellen Situation bis auf weiteres suspendiert und bereits begonnen, verfügbare Mittel in „regierungsferne Bereiche“ der Entwicklungszusammenarbeit (zum Beispiel in die Versorgung der o.g. Flüchtlinge) umzuwidmen. Auch das Land Baden-Württemberg lässt die Kooperation auf staatlicher Ebene derzeit „ruhen“, betont aber, „um gerade in schwierigen Zeiten für die Zivilgesellschaft ein Zeichen zu setzen, stocke das Land aber seine Mittel zur Unterstützung der Graswurzelpartnerschaften zum Jahresende noch einmal auf“. (Pressemitteilung, 10.11.15).

unterzeichnet von:  
Tom Høyem